

## Presseinformation

Otterstadt / März / 2024

### **Erdölexplorationsbohrung Otterstadt: Verwaltungsgericht Neustadt entscheidet gegen die Bürgerinnen und Bürger**

**Das Verwaltungsgericht in Neustadt entschied am 13. März gegen das Wohl und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Otterstadt sowie der Verbandsgemeinde Rheinauen: Die geplante Erdölexplorationsbohrung darf durchgeführt werden. Die Ortsgemeinde (OG) Otterstadt und die Verbandsgemeinde (VG) Rheinauen sowie der BUND Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz hatten gegen die Zulassung der Erdölexplorationsbohrung geklagt. Das Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB) hatte im Juni 2022 den Hauptbetriebsplan für den Bergbaubetrieb „Otterstadt“ zum Vorteil der Firma Neptune Energy Deutschland GmbH genehmigt. Die Interessengemeinschaft (IG) KeinÖl Otterstadt bedauert die Entscheidung des Gerichts, die vor dem Hintergrund der Sachlage nicht nachvollzogen werden kann. Die Prozessbeteiligten erhalten das Urteil in den nächsten Wochen schriftlich und haben dann einen Monat Zeit für die Entscheidung, Berufung einzulegen.**

Die vor fast zehn Jahren gegründete IG KeinÖl Otterstadt, bestehend aus Otterstädter Bürgerinnen und Bürgern, hatten das geplante Erdölprojekt von Anfang an kritisch hinterfragt. Geplant ist eine Erdölexplorationsbohrung lediglich 450 Meter vom Ortsrand entfernt, die bei Erfolg bis auf 500 t Erdölförderung am Tag ohne weitere Prüfung der Umweltauswirkungen ausgebaut werden kann. Eine solche Bohrung ist üblicherweise auf mindestens 30 bis 40 Jahre angelegt. Die Mitglieder der IG KeinÖl Otterstadt starteten eine breite Informationskampagne und sensibilisierten für die Gefahren einer solchen ortsnahe Industrie. Bereits im ersten Jahr ihrer Gründung wurden über 1.200 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gegen das Erdölprojekt gesammelt. Die Ortsgemeinde Otterstadt unterstützt die Bürgerinnen und Bürger seit Jahren tatkräftig. 2023 wurde im Ortsgemeinderat einstimmig entschieden, gegen das Erdölprojekt zu klagen. Die VG Rheinauen sowie der BUND schlossen sich der OG Otterstadt an. Die Ortsgemeinde Waldsee sagte ihre finanzielle Unterstützung zu.

#### **Wildtierkorridor gefährdet**

Die geplante Erdölbohrfläche ist zudem Teil einer kleinen „Insel“ inmitten des Landschaftsschutzgebietes Rheinauen, nahe an den Fauna-Flora-Habitat-Flächen der Rheinauen und einem Naturschutzgebiet. Bei Realisierung liegt das Erdölprojekt in Otterstadt mitten in einem Wildtierkorridor. Dieser Wildtierkorridor ist dadurch massiv gefährdet. Davon betroffen ist unter anderem auch die von der Deutschen

Wildtier Stiftung zum „Tier des Jahres 2018“ ernannte Europäische Wildkatze.

### **Negative Auswirkungen befürchtet**

Neptune Energy will die Förderung von Erdöl in Deutschland vorantreiben und das trotz vieler negativer Auswirkungen der Erdölförderung, beispielsweise in Niedersachsen. Die regionale Erdölförderung steht zudem in drastischem Widerspruch zur deutschen Klimapolitik, den deutschen Klimaschutzziele oder dem europäischen „Green Deal“. Die zwischen Otterstadt und Waldsee geplante Erdölbohrung wurde kürzlich auch im Deutschen Bundestag debattiert. Der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Armin Grau (Grüne) aus Altrip wies auf die Notwendigkeit von konsequentem Umwelt- und Bevölkerungsschutz im Bergbau hin und forderte die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung in solchen Fällen.<sup>1</sup>

Auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz setzte bei Amtsantritt die Messlatte für konsequenten Schutz von Klima und Umwelt in ihrem Koalitionsvertrag „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz – 2021 bis 2026“ hoch. Dies vor allem in Bezug auf Ablehnung der Förderung fossiler Energieträger und im Hinblick auf die Biotopvernetzung. Insofern ist die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt nicht nachvollziehbar und wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln sein.

### **Hintergrund**

Die Neptune Energy Deutschland GmbH plant ca. 450 m vom Ortsrand Otterstadt und ca. 500 m vom Ortsrand Waldsee eine Erkundungsbohrung zur Aufsuchung von Erdöl. Falls die Bohrung fündig ist, wird man an dieser Stelle dauerhaft zunächst bis zu 500 t Erdöl täglich fördern (über 150.000 t jährlich.), mit der Option der zeitlichen und mengenmäßig unbegrenzten Ausweitung über Jahrzehnte hinweg. Die Bohrung soll auch innerhalb einer ökologisch wertvollen Vernetzungslinie für besonders geschützte Wildtiere (Wildtierkorridor) im Rheinauen-Gebiet verlaufen. In Niedersachsen wird bereits seit über 30 Jahren Erdöl gefördert, teilweise mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung. Viele Bürger, die Ortsgemeinden Otterstadt und Waldsee sowie die Verbandsgemeindeverwaltung Rheinauen, der BUND, die Landwirtschaftskammer und andere Interessengruppen rebellieren gegen diese Pläne, denn die Risiken der Erdölförderung in dicht besiedelten Gebieten sind bekannt: u. a. erhöhter Quecksilberausstoß, Grundwasserbelastung und Erdbebengefahr.

Interessierte können sich auf der Webseite der IG KeinÖl Otterstadt über das Thema informieren: [www.kein-erdoel-otterstadt.de](http://www.kein-erdoel-otterstadt.de).

### **Quellen**

<sup>1</sup> Bündnis 90 Die Grünen, Rede Prof. Dr. Armin Grau, 18.1.2024 (letzter Zugriff 3/2024):  
<https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/rohstoffe-4>

### **Bildvorschau**



Bildinfo: Geplantes Feld für die Erdölförderung in Otterstadt (Bildmontage)  
Bildnachweis: IG KeinÖl Otterstadt/Erika Hettich

Druckfähige Abbildung s. Anlage

#### **Über IG KeinÖl Otterstadt**

*Die im Jahr 2015 gegründete Interessengemeinschaft „IG KeinÖl“ besteht aus Otterstädter Bürgern, die das geplante Erdölprojekt in Otterstadt kritisch hinterfragen. Bereits im Gründungsjahr führte die IG eine Unterschriftensammlung durch, in der sich insgesamt rund 1.200 Bürger gegen das Erdölprojekt aussprachen. Die Aktivitäten der Interessengemeinschaft umfassen verschiedene Ebenen und Aspekte. Dazu zählt der Kontakt zu den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie zu den beteiligten Verbänden und politischen Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Auch unternimmt die IG juristische Schritte und diskutiert das Projekt mit den zuständigen Behörden, insbesondere zur Sicherstellung eines transparenten, rechtmäßigen Genehmigungsprozesses. Durch die fundierte, konstruktive Sacharbeit wurde die IG zum überregional gefragten und medial präsenten Ansprechpartner zum Thema „siedlungsnahe Erdölförderung“.*